

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Albert Frick

Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2023

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Analog den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit ebenfalls über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2023 informiert.

Plenarsitzungen

Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede am 26. Januar 2023 tagte der Landtag im Berichtsjahr an insgesamt 23 Sitzungstagen während rund 190 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 24 Sitzungstage, ca. 220 Stunden). Die erste ordentliche Arbeitssitzung begann am 1. März, die letzte der Legislatur inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 7. Dezember. Am 26. April wurde eine Sondersitzung zu 100 Jahre Zollvertrag abgehalten. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr über 8 Stunden. Im Jahr 2023 wurden 170 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt (Vorjahr 188). 35 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 54). Zudem behandelte der Landtag 13 Finanzvorlagen und 22 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 26 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Jahresberichte der staatsnahen Betriebe, Agrarpolitischer Bericht, Monitoringbericht zur Energiestrategie 2030 oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 16-mal mit ausserpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Während des Berichtsjahrs wurden 33 Einbürgerungsgesuche durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Aktuelle Stunde wurde 6-mal abgehalten, 2-mal wurde darauf verzichtet. Im Berichtsjahr wurde eine grosse Anzahl von 36 parlamentarischen Eingängen eingereicht – davon 9 Petitionen, 4 Initiativen, 8 Postulate, 5 Motionen, 7 Interpellationen und 3 Anpassungen von Eignerstrategien. Auf der Homepage des Landtags sind unter dem Link www.landtag.li/parlamentarische-eingaenge-2 sämtliche parlamentarischen

Eingänge aufgelistet und wie mit ihnen verfahren wurde. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgt gemäss Geschäftsordnung des Landtags. Die Regierung legt dem Landtag jährlich (im Dezember-Landtag) eine Liste über den Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge zur Kenntnisnahme vor. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten 260 Kleine Anfragen an die Regierung. Gemäss Geschäftsordnung wurden diese spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet oder in Ausnahmefällen auf schriftlichem Wege nachgereicht. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nicht-öffentlichen Sitzungen werden vertrauliche Themen diskutiert und behandelt.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner ständigen Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Albert Frick mit den Abgeordneten Manfred Kaufmann, Manuela Haldner-Schierscher, Daniel Oehry und Herbert Elkuch tagte der Landesausschuss im Berichtsjahr 1-mal im Januar, um Geschäfte zu erledigen, die keinen Aufschub bis zur Wiedereröffnung des Landtags duldeten. Am 7. Dezember 2023 wurden vor der Schliessung des Landtags die Abgeordneten Herbert Elkuch, Patrick Risch, Manfred Kaufmann und Daniel Seger in den Landesausschuss gewählt.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Die Sitzungen der Landtagskommissionen sind nicht-öffentlich. Sie haben beratende, vorabklärende oder kontrollierende Funktionen und informieren den Landtag anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten

Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte 2023 an 8 Arbeitssitzungen. Ihr gehörten die Abgeordneten Manfred Kaufmann (Vorsitz), Bettina Petzold-Mähr und Manuela Haldner-Schierscher sowie die stv. Abgeordneten Elke Kindle und Markus Gstöhl, der im März als Ersatzmitglied für den stv. Abgeordneten Philip Schädler gewählt wurde, als Mitglieder an. Die Arbeit der Aussenpolitischen Kommission besteht gemäss Art. 67 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung die der Zustimmung des Landtags bedürftigen Staatsverträge und nimmt in Zusammenarbeit

mit der Regierung in auswärtigen Angelegenheiten die Interessen des Landes wahr. Neben der Vorberatement aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage sowie die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA, IPBK). Die Regierung informierte zudem regelmässig über die Tätigkeiten und Herausforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Themenschwerpunkte im Berichtsjahr waren: Das Abkommen zur Koordinierung der sozialen Sicherheit zwischen Island, Liechtenstein, Norwegen und Grossbritannien, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie der Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarats. Vom 13. bis 15. September besuchte die APK im Rahmen ihrer regelmässigen Botschaftsbesuche die Botschaft in Wien. Ziel des Arbeitsbesuchs waren der inhaltliche Austausch mit Botschafterin Maria-Pia Kothbauer sowie sich über die verschiedenen Dimensionen der Arbeit der liechtensteinischen Botschaft und über die in Wien ansässigen internationalen Organisationen zu informieren. Es fanden Treffen mit Vertretern der OSZE sowie den Vereinten Nationen statt. Ebenfalls fand ein Austausch mit Mitgliedern der aussenpolitischen Kommission des österreichischen Nationalrats statt.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2023 von Wendelin Lampert (Vorsitz), Thomas Vogt, Sascha Quaderer, Patrick Risch und Herbert Elkuch sowie dem stv. Abgeordneten Markus Gstöhl gebildet. In 13 Sitzungen wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 65 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 2013 Nr. 9) in der Prüfung und Begutachtung des Landesvoranschlags, in der Prüfung und Begutachtung sämtlicher von der Regierung zuhanden des Landtags verabschiedeten Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen und in der Wahrnehmung von Aufgaben nach der Finanzhaushaltsgesetzgebung. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag und Finanzplanung, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen, Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Grundstückstransaktionen gem. Finanzhaushaltsgesetz, Staatsbeitrag an die Kosten der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten, div. Staatsbeiträge, Kenntnisnahme der Geschäftsberichte der staatsnahen Betriebe) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende Behandlungsthemen: Staatsbeitrag an den Forschungsförderungsfonds der Universität Liechtenstein für die Jahre 2023 bis

2026; Ergänzungs- und Nachtragskredit für die Staatenbeschwerde Liechtensteins gegen die Tschechische Republik beim EGM; Ergänzungs- und Nachtragskredit für den Neubau DLZ in Vaduz; Verpflichtungskredit für die Beteiligung an den Investitionen des Forschungs- und Innovationszentrums Rheintal; Massnahmen in Bezug auf die nachhaltige Ausrichtung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL); Gewährung eines Staatsbeitrages an den Liechtensteinischen European Digital Innovation Hub; Ergänzungskredite für den Neubau eines Schulzentrums Unterland II in Ruggell (SZU II); Varianten zum weiteren Vorgehen für den Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals; Gewährung eines Staatsbeitrags an das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2024 bis 2027; Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen sowie Abänderung des Steuergesetzes; Sanierung und zukünftige Ausrichtung des LRF; Genehmigung von Ergänzungskrediten für die Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes Vaduz für die Liechtensteinische Landesbibliothek; Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik; Verpflichtungskredit für das Infrastrukturprojekt Steg; Genehmigung eines Nachtragskredits an die Kulturstiftung Liechtenstein zur Förderung der Stiftung Sinfonieorchester Liechtenstein; Parlamentarische Initiative zur Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Politischen Parteien. Zusätzlich trifft sich die Finanzkommission jährlich zu einem Informationsaustausch mit der liechtensteinischen Landesbank AG.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 Abs. 1 der Verfassung steht dem Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung unter Einschluss der Justizverwaltung zu. Der Landtag übt dieses Recht insbesondere durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) aus. Gem. Art. 66 der Geschäftsordnung für den Landtag (LGBl. 2013 Nr. 9) übt die GPK neben der Kontrolle über die Staatsverwaltung auch die Kontrolle über das Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen aus. Sie prüft zudem die Jahresrechnung und den Rechenschaftsbericht, die Ämter der Verwaltung und nimmt besondere Aufgaben gem. konkreten Aufträgen des Landtags wahr. Die GPK wird in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt und trat im Berichtsjahr zu 11 Sitzungen zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Georg Kaufmann (Vorsitz), Daniel Seger und Mario Wohlwend sowie die stv. Abgeordneten Pascal Ospelt und Sandra Fausch, die im Juni als Ersatzmitglied für den Abgeordneten Patrick Risch gewählt wurde, an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden, wie den IT- und Security-Reviews, der Überprüfung der Eigner- und Beteiligungsstrategien (Beteiligungscontrolling), sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle (u. a. zur Landesrechnung), setzte

sich die GPK im Berichtsjahr insbesondere in mehreren Sitzungen mit der Strombeschaffung und den Strompreisen bei den Liechtensteinischen Kraftwerken auseinander. Mit Blick auf die finanziellen Folgen für die Betriebe nahm die GPK zudem die Kündigung des Direktors des Landesmuseum sowie die Mobbingvorwürfe bei Radio L unter die Lupe. Während des Berichtsjahres stattete die GPK dem Amt für Gesundheit sowie dem Amt für Personal und Organisation Arbeitsbesuche ab. Diese Ämterbesuche gewähren der GPK Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und Arbeitsabläufe der entsprechenden Ämter und eröffnen den Mitgliedern der GPK die Möglichkeit, allfällige spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher zu erörtern.

Landtagspräsidium

Neben Landtagspräsident Albert Frick und Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz gehörten die Fraktionssprecher Daniel Oehry (FBP), Manfred Kaufmann (VU) und Patrick Risch (FL) sowie Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagspräsidium an. Das Landtagspräsidium führte im Berichtsjahr insgesamt 9 Sitzungen durch. Es befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen, der jährlichen Festlegung des Budgetentwurfs für den Landtag und weiteren organisatorischen Fragen rund um den Landtag, seinen Kommissionen und Delegationen sowie den Parlamentsdienst. Im Besonderen wurden die Feierlichkeit und der Ablauf der Sonderlandtagssitzung zum 100-jährigen Bestehen des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrages am 26. April, der Besuch beim schweizerischen Parlament anlässlich der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrages in Bern am 6. Juni, die Individualbeschwerde der stellvertretenden Abgeordneten Nadine Gstöhl betreffend die Bestellung eines stellvertretenden Mitglieds des Landtags im Verhinderungsfalle, der Umgang mit Spontanträgen bei Landtagssitzungen sowie das Thema Reform des Landtags und der Geschäftsordnung, beraten. Des Weiteren befasste sich das Landtagspräsidium mit Anfragen in Bezug auf die Errichtung von bilateralen parlamentarischen Freundschaftsgruppen einerseits mit Frankreich und andererseits mit der Ukraine, mit der aktuellen Personalsituation beim Parlamentsdienst, der Umgestaltung des Kiesbeckens im Sinne der Biodiversität vor dem Landtagsgebäude, mit Sicherheitsfragen betreffend den Zugang zum Landtagsgebäude, inklusive des internen Schleusenzugangs während den Landtagssitzungen, der Errichtung von zusätzlichem Büroraum im Parterre des Landtagsgebäudes sowie der zukünftigen Konzeption der Übertragungstechnik und des Protokollierungssystems betreffend die Landtagssitzungen. Am 7. und 8. Februar fand das erstmalige Treffen der neu konstituierten parlamentarischen

Freundschaftsgruppe zwischen Österreich und Liechtenstein, vertreten durch das Landtagspräsidium, in Vaduz statt. Die Diskussionen befassten sich im Wesentlichen mit den Themen «Migration, Europäische Integration, Krieg in der Ukraine, Energiesicherheit sowie Umgang mit der Coronakrise». Am 24. und 25. April nahm Landtagspräsident Albert Frick am Treffen der EU-Parlamentspräsidenten in Prag teil. Die Parlamentspräsidenten der EWR/EFTA Staaten waren als Beobachter an dieses Treffen eingeladen. An diesem Treffen wurden im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine die Themenschwerpunkte «Informationskrieg, Desinformation, Sicherheit der Lieferketten und strategische Autonomie» zur Diskussion gestellt. Am 11. Mai weilte das Landtagspräsidium zu einem Besuch beim Präsidium des Vorarlberger Landtags in Bregenz. Diese Gesprächstreffen finden periodisch in einem jeweils 2-jährigen Turnus statt. Es wurden dabei insbesondere die Flüchtlingsproblematik im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg, die aktuelle Energie- und Klimaproblematik sowie Möglichkeiten einer verstärkten Energieautarkie im Gremium diskutiert. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Zollanschlussvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein fand auf offizielle Einladung des schweizerischen Parlamentes am 6. Juni ein offizieller Empfang des Landtags im Bundeshaus in Bern statt. Landtagspräsident Albert Frick kam dabei die ausserordentliche Ehre zu, eine Ansprache vor der Vereinigten Bundesversammlung zu halten. Diese besondere Ehre einer Ansprache vor der Vereinigten Bundesversammlung stellt eine herausragende Auszeichnung und Würdigung des guten bilateralen Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten dar. Das Landtagspräsidium nahm im Rahmen der Feierlichkeiten zum Bestehen des 100-jährigen Zollanschlussvertrages zwischen der Schweiz und Liechtenstein auch am offiziellen Empfang des schweizerischen Bundesrates am 15. Juni in Bern teil. Vom 18. bis 20. Juni fand in Luxemburg im Beisein von Landtagspräsident Albert Frick die jährliche Konferenz der Parlamentspräsidenten der europäischen Kleinstaaten statt. Die Themen der Konferenz umfassten «Nachhaltigkeit im Tourismus, Cybersicherheit, die zunehmende Bedrohungsanfälligkeit demokratischer Institutionen». Am 17. und 18. Juli fand in Eupen, Belgien, unter Teilnahme von Landtagspräsident Albert Frick das Treffen der Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Länder statt. Die Themen des Treffens widmeten sich dem Umgang mit Fake News in der Politik und der politischen Bildung. Vom 27. bis 29. September nahm Landtagspräsident Albert Frick an der Präsidentenkonferenz der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Dublin, Irland, teil. Die Themen der Konferenz befassten sich mit dem Krieg in der Ukraine und dem späteren Wiederaufbau, mit den Herausforderungen für die repräsentative Demokratie in unbeständigen Zeiten, mit der Gleichheit und Vielfalt in Parlamenten, insbesondere

bezüglich einer grösseren Beteiligung und Einbezugs von jungen Menschen, Frauen und ethnischen Gruppen in die politischen Agenden. Landtagspräsident Albert Frick nahm ferner am 23. und 24. Oktober am Zweiten Parlamentarischen Gipfel der Internationalen Krim-Plattform in Prag teil. Die Konferenz befasste sich mit der aktuellen Lage auf der Krim nach der Annexion durch Russland. Ziel ist eine verstärkte Konsolidierung der internationalen Bemühungen um die Räumung und Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine sowie zur Abmilderung der Folgen der Besetzung und Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sowie die Wahrung der Rechte und Interessen der ukrainischen Bürger. Am 28. November hielt Landtagspräsident Albert Frick die Begrüssungsansprache anlässlich der in Vaduz stattgefundenen Sitzung des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Liechtenstein hat während sechs Monaten, das heisst, von November 2023 bis Mai 2024, den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates inne. Dabei gilt es als Usus, dass der Ständige Ausschuss eine Sitzung im jeweiligen Vorsitzland abhält. Auf Einladung des österreichischen Parlamentspräsidenten Wolfgang Sobotka weilte Landtagspräsident Albert Frick vom 15. bis 17. Dezember in Wien. Neben der Würdigung der engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Parlamenten und der Erörterung des aktuellen Vorsitzes Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarates wurden als weitere Themen die Zusammenarbeit in Europa, der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen, die gegenwärtige Problematik im Nahen Osten sowie die Bekämpfung des in Europa zunehmenden Antisemitismus besprochen.

Ferner beurteilt das Präsidium laut Art. 10 Abs. 2f der Geschäftsordnung des Landtags das Verhalten von Landtagsmitgliedern gemäss Geschäftsordnung und Verhaltenskodex. Verstösse gegen die Offenlegungspflichten, Ausstandsregeln sowie Annahme von Geschenken und sonstigen Vorteilen wurden im Berichtsjahr nicht festgestellt oder gemeldet. In Folge fanden 2023 keine Prüfungen von potenziellen Korruptionsproblemen durch den zuständigen Ausschuss statt.

EWR/Schengen-Kommission

Die EWR/Schengen-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR/Schengen-Kommission sind die Abgeordneten Dietmar Lampert (Vorsitz), Georg Kaufmann, Bettina Petzold-Mähr, Walter Frick, der im März als Ersatzmitglied für stv. Abgeordneten Markus Gstöhl gewählt wurde, und die stv. Abgeordnete Nadine Vogelsang. Sie überprüften in 9 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen.

Die Sitzungen fanden teilweise virtuell statt bzw. erfolgten dann die Beschlüsse auf dem Zirkularweg. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2023 wurden 620 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 12'708) durch 341 Beschlüsse (total seit Abkommen 6'112) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Richterauswahlgremium

Das Richterauswahlgremium hat die Aufgabe, im Sinn der Art. 11, 96, 101 Abs. 1, 102 Abs. 1 und Art. 105 der Landesverfassung und gemäss den Bestimmungen des Richterbestellungsgesetzes im Hinblick auf die Bestellung der Richter die Beurteilung und Auswahl der hierfür in Betracht kommenden Kandidaten zu treffen. Vorsitzender des Gremiums ist der Landesfürst. Es setzt sich zudem aus je einem Abgeordneten von jeder im Landtag vertretenen Wählergruppe, dem für die Justiz zuständigen Regierungsmitglied sowie einer den Landtagsvertretern entsprechenden Anzahl weiterer Mitglieder zusammen. Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Thomas Vogt, Thomas Rehak, Manuela Haldner-Schierscher und Johannes Kaiser trat im Berichtsjahr zu 2 Sitzungen zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidaten wurden allesamt gewählt.

Parlamentarische Delegationen

Parlamentarische Versammlung des Europarats

Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Gremium des Europarats, das aus Abgeordneten der 46 nationalen Parlamente besteht. Die Versammlung besteht derzeit aus 612 Mitgliedern, davon 306 Stellvertreter. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg setzte sich 2023 aus den Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick als ordentliche Mitglieder, sowie den stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler als Ersatzmitglieder zusammen. Am 15. November 2023 übernahm Liechtenstein turnusgemäss den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats von Lettland. Am 17. Mai 2024 wird der Vorsitz an Litauen übergeben. Für die liechtensteinische Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bringt der sechsmonatige Vorsitz einen bedeutenden Mehraufwand sowohl während als auch zwischen den Sessionen mit sich. Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Sessionen (23. bis 27. Januar; 24. bis 28. April; 19. bis 23. Juni; 9. bis 13. Oktober) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg statt. Liechtenstein nahm an sämtlichen Sitzungen teil. Anlässlich der ersten Sessionswoche wählte die

Versammlung den Niederländer Tiny Kox für eine zweite einjährige Amtszeit zu ihrem Präsidenten. Die Abgeordnete Franziska Hoop wurde zur Vizepräsidentin der Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) für Europa gewählt und ist nun Mitglied des ALDE-Vorstands. Der Vorstand ist für die laufende Verwaltung der ALDE-Fraktion und für die Vorbereitung der Fraktionssitzungen sowie der Plenarsitzungen der Versammlung zuständig. In der Plenarsitzung wurde der Bericht #OnTheRoadToReykjavik mit den Vorschlägen der Versammlung zum vierten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats (16./17. Mai in Reykjavik) vorgestellt. Das Gipfeltreffen soll die kräftige Unterstützung der Ukraine und den Willen, Russland für sein Handeln zur Verantwortung zu ziehen, unterstreichen. Im Zentrum der zweiten Sessionswoche in Strassburg stand eine Dringlichkeitsdebatte zum Thema «Die Lage von ukrainischen Zivilisten, darunter Kinder, die gewaltsam in die Russische Föderation oder in ukrainische Gebiete, die unter der De-facto-Kontrolle der Russischen Föderation stehen, vertrieben oder überführt wurden: Schaffung von Bedingungen für ihre sichere Rückkehr, Beendigung dieser Verbrechen und Bestrafung der Täter». Im Fokus der dritten Sessionswoche standen drei Dringlichkeitsdebatten zu den Themen «Gewährleistung des freien und sicheren Zugangs durch den Latschin-Korridor», «Die politischen Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine» sowie «Die Teilnahme russischer und belarussischer Sportlerinnen und Sportler an den Olympischen Spielen». Anlässlich der vierten Sessionswoche wurde der 11. Václav-Havel-Menschenrechtspreis verliehen. Mit diesem Preis wird aussergewöhnliches zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung der Menschenrechte gewürdigt. Dieses Jahr wurde der Preis an den seit 2017 inhaftierten türkischen Menschenrechtsverteidiger, Philanthropen und Aktivisten der Zivilgesellschaft, Osman Kavala, verliehen. In einem Urteil aus dem Jahr 2019 ordnete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seine sofortige Freilassung an. Im Jahr 2022 bestätigte die Grosse Kammer des Gerichtshofs, dass die Türkei ihren Verpflichtungen gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nachgekommen ist. In der gleichen Woche fand eine Dringlichkeitsdebatte zu dem Thema «Aufruf zur sofortigen Freilassung von Osman Kavala» statt. Zwischen den vier Sessionswochen finden regelmässig Sitzungen des Ständigen Ausschusses der Versammlung statt. Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung, wenn diese keine Session hat und stellt damit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Er berät und verabschiedet Berichte und Entschliessungen und kann Dringlichkeits- oder Aktualitätsdebatten abhalten. Diese Treffen finden üblicherweise am Parlamentssitz des Mitgliedslandes statt, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Am 25. und 26. Mai traf sich der Ständige Ausschuss der Versammlung in Riga. Liechtenstein wurde

von der Abgeordneten Franziska Hoop vertreten. Im Zentrum der Sitzung stand das vierte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats vom 16. und 17. Mai in Island. Die Abgeordneten diskutierten zu «Folgemassnahmen zum Gipfel von Reykjavik» und verabschiedeten eine entsprechende Erklärung. Im Rahmen des Vorsitzes zeichnete sich die liechtensteinische Delegation für die Organisation der Sitzungen des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November in Vaduz verantwortlich. Es konnten gut 100 Teilnehmende in Liechtenstein begrüsst werden. Der zweitägige Anlass umfasste eine Sitzung des Präsidialausschusses der Versammlung, eine Sitzung des Präsidium der Versammlung sowie die Sitzung des Ständigen Ausschusses in welchem neben dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung alle nationalen Delegationsleitungen, die Ausschussvorsitzenden und die Vorsitzenden der politischen Fraktionen Einsitz nehmen. Im Rahmen der Sitzung des Ständigen Ausschusses organisierte die liechtensteinische Delegation eine Podiumsdiskussion zum Vigdís-Preis für die Stärkung der Rolle der Frau. Seitens Liechtenstein beteiligten sich Bernadette Kubik-Risch, Expertin für Chancengleichheit, und Wilfried Marxer, Präsident der Vereinigung für Menschenrechte, an der Diskussion.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee

Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die liechtensteinische Delegation bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr aus den Abgeordneten Manfred Kaufmann (Delegationsleiter) und Daniel Seger als ordentliche Mitglieder, sowie der Abgeordneten Karin Zech-Hoop und dem stv. Abgeordneten Hubert Büchel als Ersatzmitglieder zusammen. Die liechtensteinische Delegation nahm in verschiedenen Zusammensetzungen an allen Sitzungen im Berichtsjahr teil. Neben der Delegation aus Liechtenstein waren jeweils Parlamentarier aus Island, Norwegen und der Schweiz an den Sitzungen vertreten. Am 7. und 8. Februar fand ein Handelseminar in Brüssel und Genf statt. Im Mittelpunkt des Seminars standen die neuesten Entwicklungen der Handelspolitik der Europäischen Union, die WTO sowie die Drittlandbeziehungen der EFTA. Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee traf sich am 15. und 16. März in Strassburg. Das Komitee diskutierte die jüngsten Entwicklungen im EWR, die aktuelle Lage in der Ukraine sowie die Aussichten auf eine Reform der europäischen Energiemärkte. Vom 17. bis 21. April fand ein Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees in Delhi und Mumbai statt. Ziel war es, die parlamentarische Dimension der Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Indien zu fördern, sich mit verschiedenen Stakeholdern über die indischen Positionen in den

Verhandlungen zu informieren und auf parlamentarischer Ebene das Interesse der EFTA-Staaten an einem umfassenden, ambitionierten Freihandelsabkommen zu bekräftigen. Am 22. Mai hielt das EFTA-Parlamentarierkomitee eine Videokonferenz mit Taras Kachka, dem stellvertretenden Wirtschaftsminister der Ukraine, ab. Ziel des Gesprächs war es insbesondere, die Aussichten für eine Modernisierung des 2012 in Kraft getretenen Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der Ukraine zu erörtern. Am 27. Juni fanden Treffen zwischen dem EFTA-Parlamentarierkomitee, dem EFTA-Konsultativkomitee und den EFTA-Ministern in Schaan statt. Dieses Treffen bot Gelegenheit, über die Wettbewerbsfähigkeit der EFTA, den anhaltenden Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sowie die Beziehungen der EFTA mit Drittstaaten zu diskutieren. Am 20. und 21. November nahm die Delegation an Treffen des EFTA-Parlamentarierkomitees und des EFTA-Konsultativkomitees mit den EWR/EFTA-Ministern in Brüssel teil. Das Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitee fand am 14. und 15. Dezember in Vaduz statt. Neben den Entwicklungen im EWR standen die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und Weissrussland im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie verschiedene EU-Initiativen zur Beschleunigung der Entwicklung grüner und digitaler Technologien im Zentrum der Gespräche.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Die OSZE PV vereint 323 Abgeordnete aus 57 Teilnehmerstaaten. Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Jahr 2023 aus den Abgeordneten Norma Heidegger (Delegationsleiterin) und Sebastian Gassner als ordentliche Mitglieder sowie dem Abgeordneten Günter Vogt und der stv. Abgeordneten Elke Kindle als Ersatzmitglieder zusammen. Die Wintertagung am 23. und 24. Februar fand in Wien statt. Liechtenstein war durch die Abgeordneten Norma Heidegger und Sebastian Gassner vertreten. Im Zentrum der Debatten stand der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Abschliessend wurde die Resolution «Massnahmen zum einjährigen Jahrestag des Kriegs Russlands gegen die Ukraine und die internationale Rechtsordnung» verabschiedet. Im Vorfeld der Wintertagung fand am 21. und 22. Februar ein Treffen des neu gegründeten Netzwerks der jungen

Parlamentarier der Versammlung der OSZE statt. Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm an diesem Treffen teil. Die 30. Jahrestagung fand vom 30. Juni bis 4. Juli in Vancouver (Kanada) statt. Liechtenstein war mit den Abgeordneten Norma Heidegger und Sebastian Gassner vertreten. Es fanden Sitzungen des Ständigen Ausschusses, der drei Allgemeinen Ausschüsse sowie Plenardebatten statt. Am Ende der Tagung wurde die «Erklärung von Vancouver» verabschiedet, welche sämtliche 57 Mitgliedstaaten auffordert, sich auf höchster politischer Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Herbsttagung fand vom 18. bis 20. November in Jerewan (Armenien) statt. Liechtenstein war mit der Abgeordneten Norma Heidegger vertreten. Im Zentrum der Diskussionen stand das Thema «Die OSZE in Zeiten der Krise: Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung bei der Bewältigung interner und externer Herausforderungen». Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm vom 14. bis 18. Dezember an der Wahlbeobachtungsmission der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 17. Dezember in Serbien teil.

Interparlamentarische Union (IPU)

Die Interparlamentarische Union (IPU) wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zu einer globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 180 Mitgliedstaaten. Liechtenstein ist seit Herbst 2000 als offizielles Mitglied vertreten. Die IPU setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen. Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) gehörten 2023 Landtagspräsident Albert Frick als Delegationsleiter und die Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch als ordentliches Mitglied sowie die Abgeordneten Sebastian Gassner und Mario Wohlwend als stellvertretende Delegationsmitglieder an. Vom 11. bis 15. März fand auf Einladung des Königreichs Bahrain die Frühjahrskonferenz in Manama statt, an der die Delegation mit Landtagspräsident Albert Frick und der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch sowie Gabriele Wachter vom Parlamentsdienst vertreten war. Das Hauptthema der Konferenz war «die Förderung der friedlichen Koexistenz und integrativer Gesellschaften: Intoleranz bekämpfen». Die rund 500 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus ca. 140 Ländern hatten an der Generaldebatte die Gelegenheit, sich über Möglichkeiten zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens auszutauschen. Die am Schluss genehmigte entsprechende Deklaration fordert die Parlamente zur Umsetzung der SDGs bis 2030 auf (Leaving no one behind). An der Versammlung wurde zudem

eine Resolution zum Thema «Cyberangriffe und Cyberkriminalität: Neue Risiken für die globale Sicherheit» verabschiedet, die von der ständigen Kommission für Frieden und internationale Sicherheit ausgearbeitet wurde. Um den Resolutionen mehr Umsetzungskraft in den Mitgliedsländern zu verschaffen, wurde neu ein Forum eingeführt, bei dem die einzelnen Nationen Rechenschaft abzulegen haben. Weiter fand eine Sitzung mit der ukrainischen Delegation statt, an der die aktuelle Situation in der Ukraine und die Unterstützung durch Liechtenstein diskutiert wurden. Die Herbstkonferenz fand vom 23. bis 27. Oktober in Luanda (Angola) statt. Von der liechtensteinischen Delegation nahmen die Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch sowie der Abgeordnete Sebastian Gassner teil. Hauptthema der Versammlung war «Parlamentarische Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und leistungsfähige Institutionen». Dagmar Bühler-Nigsch war zudem im Forum of Women Parliamentarians und Sebastian Gassner im Forum of Young Parliamentarians vertreten. An der letzten Sitzung des Interparlamentarischen Rates wurde die neue Präsidentin der IPU gewählt. Diese Wahl findet alle drei Jahre nach dem Prinzip der Rotation zwischen den sechs geopolitischen Gruppen statt. Dieses Mal war es an der African Group, entsprechende Kandidatinnen und Kandidaten vorzuschlagen. Von den vier zur Wahl stehenden Frauen wurde Frau Tulia Ackson, Präsidentin des Parlaments von Tansania, als erste Frau des afrikanischen Kontinents beim ersten Wahlgang als neue Präsidentin gewählt.

Internationale Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Die internationale Parlamentarier-Konferenz Bodensee (IPBK) ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Ziel ist es, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (Delegationsleiterin), Landtagspräsident Albert Frick, der Abgeordnete Thomas Rehak und die stv. Abgeordnete Sandra Fausch den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Der Freistaat Bayern hatte 2023 den jährlich wechselnden Vorsitz inne. Am 23. und 24. März fand die Frühjahrskonferenz in Lindau statt, wobei die Liechtensteiner Delegation vollzählig vor Ort war. Der thematische Schwerpunkt dieser 59. IPBK-Sitzung lag auf der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und diskutiert, wie bspw. Kinderkommissionen oder

Jugendparlamente dabei helfen, jüngere Menschen zu motivieren, sich für die Demokratie zu engagieren. Am 29. und 30. Juni traf sich die IPBK zur zweiten Konferenz des Jahres in Brüssel. Delegationsleiterin Gunilla Marxer-Kranz sowie Landtagspräsident Albert Frick und die stv. Abgeordnete Sandra Fausch nahmen an dieser 60. Sitzung teil. In Gesprächen mit hochrangigen Vertretern des Europaparlaments wurde insbesondere die vorbildhafte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Parlamente in der Bodenseeregion erörtert. Weiterer Schwerpunkt der Tagung war die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Üblicherweise findet zudem jährlich ein Präsidententreffen statt. Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz nahm am 24. November am entsprechenden Treffen in München teil. Das Gremium befasste sich im fachlichen Teil mit dem Thema «Öffentlicher Verkehr in der Grenzregion Bodensee». Im Anschluss gab es einen regen Austausch über aktuelle Fragestellungen und Themen. 2024 übernimmt der Schweizer Kanton Appenzell Innerrhoden den Vorsitz der IPBK und wird die Konferenzen und Tagungen organisieren.

Parlamentsdienst

Bestellung, Dienstrecht und die Aufgabenbereiche des Parlamentsdienstes sind in den Art. 16 und 17 der Geschäftsordnung für den Landtag (GOLT) umrissen. Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm der Parlamentsdienst seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Der Parlamentsdienst besteht aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, zwei Vollzeitangestellten, drei Teilzeit-Mitarbeitenden und zwei Schreibkräften auf Teilzeitbasis. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden gemäss Art. 16, Abs. 2 GOLT vom Landtag bestellt. Der Parlamentsdienst zeichnet insbesondere verantwortlich für die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie für die Erstellung der Landtagsbeschlüsse. Dazu kommen etliche weitere administrative Aufgaben. Ausserdem ist der Parlamentsdienst die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist gerade in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Verstärkte Kommissions- und Delegationstätigkeiten sowie längere Landtagssitzungen bei häufig fehlenden Stellvertreter-Ressourcen haben einen massvollen Ausbau des Parlamentsdienstes im Berichtsjahr von 6.6 Stellen auf 7.4 Stellen bedingt.

Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Parlamentsdienst angefordert werden. Weitere vielfältige Informationen rund um den liechtensteinischen Landtag können auf seiner Homepage (www.landtag.li) eingesehen werden.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2023

Eröffnungssitzung vom 26. Januar 2023

- Thronrede S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten
Alterspräsident Albert Frick hält seine Ansprache.
- Wahl des Landtagspräsidenten
Als Landtagspräsident wird gewählt:
 - Abg. Albert Frick
- Wahl der Landtagsvizepräsidentin
Als Landtagsvizepräsidentin wird gewählt:
 - Abg. Gunilla Marxer-Kranz
- Wahl der Stimmzähler
Als Stimmzähler werden gewählt:
 - Abg. Peter Frick
 - Abg. Franziska Hoop
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission
In die Aussenpolitische Kommission werden gewählt:
 - Abg. Manfred Kaufmann (Vorsitz)
 - Abg. Manuela Haldner-Schierscher
 - Stv. Abg. Elke Kindle
 - Abg. Bettina Petzold-Mähr
 - Stv. Abg. Philip Schädler
- Wahl der Finanzkommission
In die Finanzkommission werden gewählt:
 - Abg. Wendelin Lampert (Vorsitz)
 - Abg. Herbert Elkuch
 - Stv. Abg. Markus Gstöhl
 - Abg. Sascha Quaderer
 - Abg. Patrick Risch
 - Abg. Thomas Vogt
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission
In die Geschäftsprüfungskommission werden gewählt:
 - Abg. Georg Kaufmann (Vorsitz)
 - Stv. Abg. Pascal Ospelt
 - Abg. Patrick Risch
 - Abg. Daniel Seger
 - Abg. Mario Wohlwend
- Ersatzwahl in die EWR/EFTA-Delegation
Als Ersatz in die EWR/EFTA-Delegation wird gewählt:
 - Abg. Manfred Kaufmann (Mitglied und Delegationsleiter)
- Ersatzwahl in die Delegation der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz
Als Ersatz in die Delegation der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz wird gewählt:
 - Stv. Abg. Sandra Fausch (Mitglied)

Öffentliche Landtagssitzung vom 1./2./3. März 2023

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Mittwoch/Donnerstag/Freitag, 1./2./3. März 2023

- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 28./29./30. September 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 2./3./4. November 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 30. November und 1./2. Dezember 2022
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 26. Januar 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Peter Frick:
 - Redundanz der kritischen Infrastruktur LNEZ zum Zweiten
 - Schutz im Haus zum Zweiten
 - Der Biber und sein Werk
 - Wildschweine in der Region
- Anfrage des Abg. Daniel Oehry:
 - Transparente Information zum Neubau Schulzentrum Unterland II
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Kauf der HSL durch den Staatsbetrieb FL1 (Telecom Liechtenstein AG)
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Kinderärztemangel 2.0
- Anfragen der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Streuobstbäume in der Schutzzone S2 und S3
 - Infrastrukturprojekt Steg (Nordic Zentrum)
 - Fehlende Witwenrente der AHV im Konkubinats
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Energiekostenpauschale, Kommunikation und Nutzung
 - Geldflüsse ins Ausland bei Geburten
- Anfragen der Abg. Franziska Hoop:
 - Möglichkeiten einer Aufenthaltsbewilligung
 - Elternzeit bei Adoption
- Anfragen des Abg. Daniel Seger:
 - Kartellgesetzgebung
 - Wettbewerbsbehörde gemäss Mediengesetz
- Anfragen der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Mobile Prüfstation beim Amt für Strassenverkehr
 - Universität Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Günter Vogt:
 - Cell Broadcast in Liechtenstein
 - PFAS: Wie stark ist Liechtenstein betroffen?
- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:
 - Erdbebensichere Gebäude
 - Fachlehrpersonen mit seminaristischer Ausbildung
- Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
 - Liechtensteinische Post AG im Zusammenhang mit der Erhöhung der Tarife beim Paketversand
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - ÖV LIEmobil – kein Anschluss Bendern-Schellenberg-Ruggell in Verkehrsstosszeiten

- Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein und Tunnelspinne Feldkirch
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Aufteilung der Guthaben aus der 2. Säule nach Ehescheidungen
 - Finanzierung der Medienlandschaft
 - Elektronisches Gesundheitsdossier (eGD)
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Unterdeckung und Umverteilung in der Stiftung «Personalvorsorge» Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
 - Diesel- oder Heizölverbrauch von Elektrobussen
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - Von Manfred Kaufmann angefragte Zahlen von Geburten im Ausland
 - Wifi-Calling in Liechtenstein
 - Fehlende Trainingsmöglichkeiten für Sportler/innen im In- und Ausland
- Anfragen der Stv. Abg. Nadine Vogelsang:
 - Fachkräftemangel in Lehrberufen
 - Monitoringbericht Bildungsstrategie 2025
 - Unterschiedliche Besoldungsklassen
 - Wintersportstätten Liechtenstein
- Aktuelle Stunde zum Thema «Medienlandschaft Liechtenstein – quo vadis?»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative zur Festsetzung der Gebühren für Reisepass und Identitätskarte (Nr. 13/2023 und 13a/2023)
Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen und das angemeldete Initiativbegehren für zulässig erklärt.
- Interpellation «Fernwärme ab KVA Buchs» vom 26. Januar 2023, eingereicht von den Abgeordneten Albert Frick, Sebastian Gassner, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Interpellation zur Energieversorgung der liechtensteinischen Bevölkerung und Wirtschaft durch die LKW und Liechtenstein Wärme vom 30. Januar 2023, eingereicht von den Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Motion zur Einführung von fixen Wahl- und Abstimmungssonntagen vom 23. Januar 2023, eingereicht von den Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Motion «Ein kostenloser Identitätsausweis in Liechtenstein» vom 23. Januar 2023, eingereicht von den Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz und Mario Wohlwend
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat «Biodiversitätsschädigende Subventionen in Liechtenstein» vom 23. Januar 2023, eingereicht von den Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Genehmigung eines Ergänzungs- und Nachtragskredits für den Neubau eines Dienstleistungszentrums der Liechtensteinischen Landesverwaltung in Vaduz (Nr. 3/2023)
Der Ergänzungs- und Nachtragskredit wird bewilligt.
- Genehmigung eines Ergänzungskredits und eines Nachtragskredits für die Staatenbeschwerde des Fürstentums Liechtenstein gegen die Tschechische Republik beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Nr. 12/2023)
Der Ergänzungs- und Nachtragskredit wird bewilligt.
- Gewährung eines Staatsbeitrages an den Forschungsförderungsfonds der Universität Liechtenstein für die Jahre 2023 bis 2026 (Nr. 11/2023)
Der Gewährung eines Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Wahl von zwei Landrichterinnen
Als Landrichterinnen werden befristet auf drei Jahre vom 1. April 2023 bis 31. März 2026 gewählt:
 - Frau M.A. HSG Sarah Hasler
 - Frau Mlaw Anna Hirschlehner-Montani
- Bestellung eines Ad-hoc-Vorsitzenden für die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten in den Beschwerdeverfahren zu VBK 2022/72, 2022/84 und 2023/04
Als Ad-hoc-Vorsitzender für die VBK wird gewählt:
 - Herr Dr. Georges Baur
- Wahl eines Ersatzmitglieds in die Finanzmarktaufsicht (FMA) – Beschwerdekommision
Als Ersatzmitglied in die FMA-Beschwerdekommision für den Rest der Mandatsperiode bis zum 31. Dezember 2024 wird gewählt:
 - Herr Nico Büchel
- Abänderung des Berufsbildungsgesetzes (Nr. 96/2022) [1. Lesung: 30. September 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 10/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Erlass eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/2162 über europäische gedeckte Schuldverschreibungen (EuGSVG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 104/2022) [1. Lesung: 4. November 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 6/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 106/2022) [1. Lesung: 4. November 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 5/2023); 2. Lesung

- Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über Postdienste und Paketzustelldienste (Postdienste- und Paketzustelldienstegesetz; PPG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Änderung der Richtlinie 97/67/EG im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und Durchführung der Verordnung (EU) 2018/644 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. April 2018 Verordnung (EU) 2018/644 über grenzüberschreitende Paketzustelldienste) (Nr. 109/2022) [1. Lesung: 4. November 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 17/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes (FinAG) und die Festlegung der Faktoren (k) und (h) für die Finanzausgleichsperiode 2024 – 2027 (Nr. 116/2022) [1. Lesung: 2. Dezember 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 4/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit nachstehender Änderung verabschiedet:
Art. 15 Abs. 3 lautet neu: «Der Faktor (h) zur Berechnung des horizontalen Ausgleichs (Art. 9 Abs. 3) wird für die Jahre 2024 bis 2027 mit 37% festgelegt.»
 - Abänderung des Emissionshandelsgesetzes (Nr. 119/2022) [1. Lesung: 2. Dezember 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 15/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit folgender Änderung verabschiedet:
II. Inkrafttreten lautet neu: «Dieses Gesetz tritt unter Vorbehalt des ungenutzten Ablaufs der Referendumsfrist am 1. Mai 2023 in Kraft, andernfalls am Tag nach der Kundmachung.»
 - Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Partnerschaftsgesetzes (Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Adoptionsrecht) (Nr. 125/2022) [1. Lesung: 2. Dezember 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 2/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Ratifikation des Protokolls vom 10. Oktober 2018 zur Änderung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Nr. 1/2023)
Der Ratifikation des Protokolls wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 288/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2019/1161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Strassenfahrzeuge) (Nr. 7/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 329/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2021/2261 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2021 zur Änderung der Richtlinie 2009/65/EG im Hinblick auf die Verwendung von Basisinformationsblättern durch Verwaltungsgesellschaften von Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)) (Nr. 8/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Diverse Einbürgerungsgesuche
Der Einbürgerung folgender Personen wird zugestimmt:
 - Herr Lorenz Friedrich Hetzenecker
 - Herr Jan Mario Willi
 - Herr Luca Werner Willi
 - Abänderung des Baugesetzes (BauG), des Energieeffizienzgesetzes (EEG) und des Energieausweisgesetzes (EnAG) (Umsetzung der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden; Gebäuderichtlinie II) (Nr. 14/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Ersatzwahl eines stellvertretenden Landtagsabgeordneten und dessen Vereidigung
Als neuer stellvertretender Abgeordneter wird gewählt:
 - Herr Rainer Beck
 - Schaffung eines Gesetzes über Cybersicherheit (Cyber-Sicherheitsgesetz; CSG) sowie die Abänderung des Beschwerdekommissionengesetzes (Nr. 9/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Ersatzwahl Aussenpolitische Kommission und EWR/Schengen-Kommission
Es werden folgende Ersatzwahlen vorgenommen:
APK: Stv. Abg. Markus Gstöhl
EWR/Schengen-Kommission: Abg. Walter Frick
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5. April 2023**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Dienstag/Mittwoch, 4./5. April 2023
 - Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Variantenprüfung Entlastung Schaanwald und Nendeln
 - Wertsteigerung oder Werterhaltung bei Heizungen
 - Anfragen des Abg. Daniel Seger:
 - Liechtensteinischer Bankenplatz
 - Lehredienstgesetz
 - Wildtierkorridore
 - Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Corona-Aufarbeitungsbericht
 - Elektronisches Gesundheitsdossier
 - Anfragen des Abg. Günter Vogt:
 - Strategische Gasreserve für Liechtenstein

- Pumpspeicherkraftwerk Samina
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Namensänderung und Stellenausschreibung bei der Gasversorgung
 - Haftung und Kostenübernahme bei Impfschäden
 - Belieferung von staatlich subventionierten Institutionen mit liechtensteinischen Lebensmitteln
 - Nicht abgeschriebenes Postulat zu einem Hospiz in Liechtenstein
- Anfragen der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Preisentwicklung von Erdgas und Biogas
 - Extremwetterereignisse und Infrastruktur
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Übernahme der Schulkosten im Ausland bei besonderen Bedürfnissen
 - LKW – exorbitant steigende Strompreise
 - Regierungsantrag – Erhöhung des Staatsbeitrags an die FMA auf neu jährlich CHF 6 Mio.
 - Arbeitsgruppe Entwicklungskonzept Unterland und Schaan
- Anfragen des Stv. Abg. Thomas Hasler:
 - Betreuung von gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindern
 - Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - Homeoffice-Ausnahme
- Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - Kosten für Identitätskarten
 - Alltagsrassismus in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Sebastian Gassner:
 - Auslandsaufenthalte für Aus- und Weiterbildungen
 - Mobilitätsangebote für Personen ohne Privatauto
 - Nachhaltige Abhängigkeit von Öl- und Gasförderstaaten
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Tiefere Steuerbelastung durch den Einbau einer Wärmepumpe
 - Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen bei bestehenden Bauten
- Anfragen der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Statusbericht Asyl- und Schutzgesuche
 - Landesturnhallen/Landesschwimmbad
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Ursachen und Folgen der zu hohen Strompreise
 - Nachteilige Folgen einer Covid-Impfung
 - Radio Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - Wasserrechte
 - Wohnungsknappheit in der Schweiz
 - Neophyten an Strassenrändern
- Anfragen des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - Start-ups im Fintech Standort Liechtenstein
 - Unterschiede zwischen Kriegen und Sanktionen
 - Ärztemangel
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Folgen der Coronamassnahmen
 - Massnahmen des Internationalen Staatsgerichtshofes
 - Linienbusverkehr
- Petition – Elektronisches Gesundheitsdossier (eGD) vom 23. März 2023, eingereicht von Carmen Sprenger und Dr. Walter Hartmann
Die Petition wird behandelt und zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend steuerliche Entlastung des Mittelstandes (Nr. 18/2023)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulatsbeantwortung betreffend ein nachhaltiges und ganzheitliches Raumplanungs-Mobilitäts-Konzept für Liechtenstein (Nr. 25/2023)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat vom 4. März 2022 abgeschlossen.
- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Beteiligung an den Investitionen des Forschungs- und Innovationszentrums Rheintal (Nr. 24/2023)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Bestellung einer Ad-hoc-Richterin des Staatsgerichtshofes
Als Ad-hoc-Richterin des Staatsgerichtshofes für das Verfahren zu StGH 2022/076 wird gewählt:
 - Frau Dr. Sybille Gassner
- Jahresbericht 2022 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2022 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2022 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2022 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2022 der Delegation für die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) und des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) (Nr. 103/2022) [1. Lesung; 4. November 2022] – BuA Nr. 103/2022 – keine neue Stellungnahme der Regierung; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit nachstehender Änderung verabschiedet: IV. Inkrafttreten Abs. 3) lautet neu: Art. 5 Abs. 1 Bst. p tritt gleichzeitig mit dem Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 275/2021 vom 24. September 2021 zur Änderung von Anhang XI (Elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste und Informationsgesellschaft) des EWR-Abkommens in Kraft, frühestens jedoch am 1. August 2023.

- Totalrevision des Gesetzes über die elektronische Kommunikation (Kommunikationsgesetz) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 122/2022) [1. Lesung: 2. Dezember 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 22/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 337/2022 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste; AVMD-Richtlinie) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten) (Nr. 23/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Massnahmen in Bezug auf die nachhaltige Ausrichtung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) (Nr. 20/2023)
Der Variantenbericht wird zur Kenntnis genommen und die Regierung beauftragt, einen Vernehmlassungsbericht zum Massnahmenpaket der Variante 1 auszuarbeiten.
- Diverse Einbürgerungsgesuche
Den Einbürgerungsgesuchen für folgende Personen wird zugestimmt:
 - Frau Dzenana Abdi und ihr Sohn Amir Abdi
 - Herr Steffen Jakob
 - Herr Irfan Malkoc
 - Frau Jasminka Malkoc
 - Herr Tenzin Yeshe Peljor
- Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Erhöhung der Steuersätze auf 8.1%, 3.8% sowie 2.6%) (Nr. 19/2023); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1238 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (EWR-Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt-Durchführungsgesetz; EWR-PEPP-DG) sowie die Abänderung des Gesetzes über die Finanzmarktaufsicht (FMAG) (Nr. 21/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 3./4./5. Mai 2023

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Mittwoch/Donnerstag/Freitag, 3./4./5. Mai 2023
Es wird ein Zusatztraktandum 24a, «Information der Regierung betreffend Energiepreise der Liechtensteinischen Kraftwerke», in die Traktandenliste aufgenommen.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 1./2./3. März 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Fachkräftemangel im Pflegebereich
 - Wertsteigerung oder Werterhaltung bei Heizungen, Teil 2
 - Entwicklung der Klassengrössen
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Details zur Kriminalitätsstatistik 2022
 - Nicht abgeschriebenes Postulat zu einem Hospiz in Liechtenstein (Teil 2)
 - Stellenausschreibung bei der Liechtensteinischen Gasversorgung
 - Steuerliche Berücksichtigung von Homeoffice
- Anfrage der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Statusbericht Asyl- und Schutzgesuche 2.0
- Anfragen des Stv. Abg. Pascal Ospelt:
 - Häusliche Betreuung durch Familienangehörige
 - «Hoi Welt»-Podcast des Ausserministeriums
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Mietrecht
- Anfrage des Abg. Daniel Seger:
 - WHO – Pandemiepaket und internationale Gesundheitsvorschriften
- Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Kletterhalle
- Anfrage des Abg. Walter Frick:
 - Hochstamm-Obstbaumkulturen und Mistelplage in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - Erhöhung der Sicherheit für den Langsamverkehr an der Bederer Strasse
 - Kinder- und Jugendpflege-Platzangebot in Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Stärkung des Konkubinats
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Längst fällige Errichtung einer Fussgänger- und Fahrradbrücke im Liechtensteiner Unterland
 - Petitionsüberweisungen an die Regierung
- Anfrage des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - Staatswachstum in Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - Immobilien- und Hypothekarmarkt
- Aktuelle Stunde: Service public: Was muss, was soll, was kann der Staat?
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Petition zur Aufarbeitung der Covid-Massnahmen in Liechtenstein vom 25. April 2023 eingereicht von der Initiative A für Aufklärung und Aufarbeitung in Liechtenstein
Die Petition wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Initiativbegehren zur Abänderung des Heimatschriftengesetzes (Festsetzung der Gebühren für Reisepass und Identitätskarte) (Nr. 49/2023)
Dem Initiativbegehren wird die Zustimmung erteilt.

- Gewährung eines Staatsbeitrages an den Liechtensteinischen European Digital Innovation Hub für die Jahre 2023 bis 2025 (Nr. 34/2023)
Der Gewährung des Staatsbeitrages wird zugestimmt.
- Genehmigung von Ergänzungskrediten für den Neubau eines Schulzentrums Unterland II in Ruggell (SZU II) (Nr. 43/2023)
Die Ergänzungskredite werden mit Änderungen genehmigt.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2024 (Nr. 38/2023)
Der Staatsbeitrag wird auf CHF 35 Mio. festgelegt.
- Ad-hoc-Richterbestellung für den Staatsgerichtshof
Als Ad-hoc-Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt: Herr Dr. Benedikt Jehle
- Bericht über die Justizpflege der ordentlichen Gerichte für das Jahr 2022 (Nr. 26/2023)
Der Bericht über die Justizpflege der ordentlichen Gerichte für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2022 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil (Nr. 44/2023)
Der Geschäftsbericht 2022 des Verkehrsbetriebs LIECHTENSTEINmobil wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2022 der Liechtenstein Wärme (Nr. 29/2023)
Der Geschäftsbericht 2022 der Liechtenstein Wärme wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2022 der Liechtensteinischen Landesbank Aktiengesellschaft (Nr. 30/2023)
Der Geschäftsbericht 2022 der Liechtensteinischen Landesbank Aktiengesellschaft wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2022 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein (Nr. 32/2023)
Der Geschäftsbericht 2022 der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein wird zur Kenntnis genommen.
- Schaffung eines Gesetzes über Cybersicherheit (Cyber-Sicherheitsgesetz; CSG) sowie Abänderung des Beschwerdekommisionengesetzes (Nr. 9/2023) [1. Lesung: 3. März 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 35/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschlüsse Nr. 21/2023, 22/2023 und 27/2023 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-Richtlinie), Verordnung (EU) 2019/881 (ENISA-Verordnung) und Verordnung (EU) 2021/887 des Europäischen Parlaments und des Rates) (Nr. 36/2023)
Den Beschlüssen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 17/2023 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Durchführungsverordnung (EU) 2021/369 der Kommission vom 1. März 2021 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Verfahren für das System der Vernetzung zentraler Register gemäss Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates) (Nr. 42/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen vom 20. Oktober 2022 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich (Nr. 41/2023)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Varianten zum weiteren Vorgehen für den Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 37/2023)
Die Varianten werden zur Kenntnis genommen und der Regierung wird der Auftrag erteilt, einen Bericht und Antrag für einen Ergänzungskredit zur Umsetzung eines optimierten Neubauprojekts (Inspira II) zu erstellen; die Anforderungen aus einer möglichen Pandemie-Situation zu berücksichtigen; die Kosten für eine Geburtsabteilung zu berücksichtigen; zu prüfen, ob die Stabsstelle für staatliche Liegenschaften die Gesamtprojektleitung für das Neubauprojekt übernehmen kann.
- Diverse Einbürgerungsgesuche
Den Einbürgerungsgesuchen für folgende Personen wird zugestimmt:
 - Herr Munever Mesinovic und seine Söhne Ensar und Eldar
 - Herr Samir Mujanovic und seine Tochter Farah
 - Herr Lars Philippe Willi
 - Herr John Christian Thomas von Bender
- Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMA-Finanzierung: Regelung des Staatsbeitrages ab 2024) (Nr. 27/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Staatspersonalgesetzes und des E-Government-Gesetzes (Nr. 33/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2020/1503 über Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen (EWR-Swarmfinanzierungs-Durchführungsgesetz; EWR-SFDG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 28/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Erlass eines Gesetzes über die Genehmigung von Weltraumaktivitäten und die Registrierung von Weltraumgegenständen (Weltraumgesetz; WRG) sowie die Abänderung des Beschwerdekommisionengesetzes (Nr. 40/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Information der Regierung betreffend Energiepreise der Liechtensteinischen Kraftwerke
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 31. Mai und 1./2. Juni 2023

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Mittwoch/Donnerstag/Freitag, 31. Mai und 1./2. Juni 2023
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 4./5. April 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Daniel Oehry:
 - «Vaterland»-Abo in der Landesverwaltung
- Anfrage des Abg. Peter Frick:
 - Notarzdienst in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Staatenlosigkeit in Liechtenstein verursacht durch den Einbürgerungsprozess
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - Arzneimittel-Versorgungssituation
- Anfrage des Abg. Günter Vogt:
 - Armutsbericht 2020 und Handlungsempfehlungen
- Anfragen der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Einreichung der digitalen Steuererklärung
 - Stand Umsetzung agrarpolitischer Bericht
 - Aktionsplan Biodiversität
- Anfrage des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Aktueller Stand Höchstspannungsleitung Balzers
- Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - Waffen in Liechtenstein
 - Landwirtschaftliche Bewirtschaftung
 - Sparen im Gesundheitswesen
- Anfrage des Abg. Sascha Quaderer:
 - Möglicher Betrugsfall bei der Liechtensteinischen Landesbank
- Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Betreuungsgutschriften der AHV
- Anfrage des Abg. Georg Kaufmann:
 - UNO-Hochseeabkommen von New York
- Anfragen der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Betreuungskosten bei doppelter Erwerbstätigkeit
 - Hundebisse
 - Stipendiengesetz
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Vorsorgevollmacht
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Neuordnung von Kirche und Staat
 - Szenario der Schülerzahlen bei der Inbetriebnahme des SZU II (in den weiterführenden Schulen SZU I und SZU II)
 - Jährliche Folgekosten beim SZU II aufgrund der Tieferlegung der Turnhalle in den Grundwasserbereich
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Ersatz der 8'500 alten Öl- und Gasheizungen in bestehenden Bauten
 - Konsequenzen ohne Coronaimpfung
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Steueraufkommen
 - Der Wolf und die Schafe
- Anfrage des Abg. Patrick Risch:
 - Langsamverkehr an der Benderer Strasse (Follow-up)
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Elektronische Gesundheitsdossier (eGD)
 - Social Media in der Landesverwaltung
 - Beteiligungs- bzw. Eignerstrategien und Verhaltenskodex
- Anfragen des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - Work-Life-Balance und deren Auswirkungen auf die Pension?
 - Angefallene Kosten rund um den Neubau des Landesspitals
 - Gasanschluss wie weiter?
- Aktuelle Stunde zum Thema «Künstliche Intelligenz – Chancen und Risiken»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Energieversorgung der liechtensteinischen Bevölkerung und Wirtschaft durch die LKW und Liechtenstein Wärme (Nr. 54/2023)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Fernwärme ab KVA Buchs (Nr. 55/2023)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Anpassung der Eignerstrategie der Liechtensteinischen Kraftwerke (gem. ÖUSG) der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 2. Mai 2023
Der Antrag wird an die Regierung überwiesen.
- Gewährung eines Staatsbeitrages an das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2024 bis 2027 (Nr. 50/2023)
Der Gewährung eines Staatsbeitrages an das Liechtenstein-Institut wird zugestimmt.
- Ersatzbestellung eines Mitglieds für die Geschäftsprüfungskommission
Als Ersatzmitglied für die Geschäftsprüfungskommission wird gewählt:
 - Stv. Abg. Sandra Fausch
- Wahl einer Richterin und einer Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes
Als Richterin und Ersatzrichterin des Verwaltungsgerichtshofes werden gewählt:
 - Frau Dr. Esther Schneider
 - Frau Dr. Sybille Vogt
- Wahl eines Richters des Staatsgerichtshofes
Als Richter des Staatsgerichtshofes wird gewählt:
 - Herr Prof. Benjamin Schindler
- Wahl eines Ad-hoc-Richters für das Landgericht
Als Ad-hoc-Richter für das Landgericht wird gewählt:
 - Herr Dr. Dietmar Baur
- Geschäftsbericht und Revisionsbericht 2022 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 45/2023)
Der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022 der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten (Nr. 51/2023)

- Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2022 der Telecom Liechtenstein AG (TLI) (Nr. 47/2023)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2022 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 48/2023)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Geschäftsbericht 2022 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 52/2023)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Tätigkeitsbericht 2022 der Datenschutzstelle
Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle 2022
Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Umsetzungsstand des Mobilitätskonzepts 2030 sowie der darin enthaltenen längerfristigen Leitprojekte (Monitoring Mobilitätskonzept 2030, Berichtsjahr 2022) (Nr. 56/2023)
Der Monitoringbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2023 Nr. 175)
Die Bereinigung wird zur Kenntnis genommen.
 - Einbürgerungsgesuche
Den Einbürgerungsgesuchen für folgende Personen wird zugestimmt:
 - Frau Claudia Marie Anna Novotny
 - Herr Stefan Erich Novotny
 - Herr Christoph Ochsenreiter
 - Herr Zsolt Schaller
 - Abänderung des AHVG und IVG (Finanzierung der Rückkehr zum Mischindex) (Nr. 46/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Mediengesetzes, des Tabakpräventionsgesetzes und des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1808) (Nr. 53/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2022 (Rechenschaftsbericht 2022/Landesrechnung 2022) (Nr. 31/2023) – Erklärung der GPK zur Landesrechnung 2022 – Testat der Finanzkontrolle über die Prüfung der Landesrechnung 2022
Der Rechenschaftsbericht sowie die Landesrechnung 2022 werden genehmigt. Der Übertragung des Jahresergebnisses in die Eigenmittel wird zugestimmt.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 5./6./7. September 2023**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Dienstag/Mittwoch/Donnerstag, 5./6./7. September 2023
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 3./4./5. Mai 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 31. Mai und 1./2. Juni 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Fachkräftemangel im Pflegebereich (Teil 2)
 - Bahnübergang Nendeln (Teil 2)
 - Büro des Regierungschefs
 - Ehrung eines Weltmeisters
 - Anfragen des Abg. Günter Vogt:
 - Missbrauch von liechtensteinischen Domainendungen
 - Spitalstrategie
 - Anfragen des Abg. Mario Wohlwend:
 - Die Steuer- und Prämienzahler werden zur Kasse gebeten
 - Überfälliger Armutsbericht 2020 liefert Zahlen und Fakten zur weiteren Bearbeitung
 - Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - Gesundheitsreform in Liechtenstein
 - Anlagen in Edelmetallen
 - Anfrage des Abg. Sascha Quaderer:
 - Altersteilzeit im Lehrerberuf
 - Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Ampelanlage beim Tunnel Gnalp-Steg
 - Alarmierende Situation Jugendpsychiatrie Liechtenstein
 - Sozialversicherungsbeiträge für inhaftierte Straftäter
 - Anfragen der Abg. Norma Heidegger:
 - Jahresbericht Kulturstiftung Liechtenstein
 - Bezahlbares Wohnen/Wohnbauförderung
 - Austausch von Sperrlisten/Spielerchutz
 - Anfragen der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Flexible Spurbewirtschaftung der Rheinbrücke Vaduz
 - Sportkonzepte
 - Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - CO₂-Bilanz in Liechtenstein
 - Hochwasser, Überschwemmungen und Rheinaufweitung
 - Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Touristische und nicht-touristische Gebiete im Malbun
 - Anfragen des Abg. Daniel Seger:
 - Preiserhöhung nach dem Vollausbau des Glasfasernetzes
 - Ausbau Fernwärmenetz
 - Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Bildbasierte sexuelle Online-Gewalt
 - Anfrage der Stv. Abg. Nadine Vogelsang:
 - Sensibilisierung und Prävention im Bildungswesen zur psychischen Gesundheit bei Jugendlichen
 - Anfrage des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - Elternzeit
 - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Wechsel des Stromanbieters
 - Bestimmungen und Leistungen von Pensionskassen in Liechtenstein

- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Elektronisches Gesundheitsdossier
 - Bestellvorgang und Kosten für ein rotes Kontrollschild für Fahrradträger
 - Kosten der Photovoltaikanlagen
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Verwendungszweck von Briefmarken
 - Kosten für den Glasfaserausbau und die damit zusammenhängenden Kosten pro Anschluss
 - Optimierungsbedürftige Dienstleistung beim Amt für Strassenverkehr
- Petition «Mehr Demokratie wagen», eingereicht von Reinhard Walser, vom 10. August 2023
Die Petition wird behandelt und zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Petition «Erweiterung Substitutionspräparat Diaphin», eingereicht von Emmanuel Zacharias Philip Hoop, vom 3. Juli 2023
Die Petition wird behandelt und zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Interpellation zur beruflichen Weiterbildung zur Sicherung von inländischen Arbeits- und Fachkräften der Abgeordneten Albert Frick, Sebastian Gassner, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 22. Mai 2023
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Interpellation «Attraktivität Erwerbstätigkeit 60plus» der Abgeordneten Albert Frick, Sebastian Gassner, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 22. Mai 2023
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Postulat «Steuerliche Entlastung erwerbstätiger Familien» der Abgeordneten Albert Frick, Sebastian Gassner, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Sascha Quaderer, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 5. Juni 2023
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulat zur Förderung eines nachhaltigen öffentlichen Auftrags- und Beschaffungswesens der Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher, Georg Kaufmann und Patrick Risch vom 7. August 2023
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Motion für Schule und Betreuung neu aus einer Hand der Abgeordneten Albert Frick, Franziska Hoop, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Bettina Petzold-Mähr, Daniel Seger und Karin Zech-Hoop vom 5. Juli 2023
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative zur Abänderung des Gesetzes über das elektronische Gesundheitsdossier (EGDG) (Nr. 79/2023)
Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, dass das angemeldete
Initiativbegehren mit der Verfassung und den bestehenden Staatsverträgen übereinstimmt, daher wird es für zulässig erklärt.
- Sanierung und zukünftige Ausrichtung des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 77/2023)
Folgende Beschlüsse werden getroffen: Der beiliegende Finanzbeschluss über die kurzfristige Liquiditätssicherung und die Stärkung des Eigenkapitals des Liechtensteinischen Rundfunks wurde behandelt und als dringlich erklärt. Der Landtag hat das Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes über den «Liechtensteinischen Rundfunk» Herabsetzung Dotationskapital abschliessend behandelt. Der Landtag hat beschlossen, auf das Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes über den «Liechtensteinischen Rundfunk» (LRFG) zum Werbeverbot nicht einzutreten. Der Landtag hat beschlossen, die Regierung zu beauftragen, ein Konzept zur zukünftigen Ausrichtung des LRF im Kontext der Medienförderungsanpassungen auszuarbeiten und dem Landtag 2024 vorzulegen.
- Jahresbericht 2022 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 39/2023)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Baugesetzes (BAUG), des Energieeffizienzgesetzes (EEG) und des Energieausweisgesetzes (ENAG) (Umsetzung Motionen zur Photovoltaik-Pflicht) (Nr. 14/2023), [1. Lesung: 2./3. März 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 60/2023)
Die Abänderungen des Baugesetzes (BAUG) und des Energieeffizienzgesetzes (EEG) werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet. Die Motionen «Photovoltaik auf jedem Dach» und «Photovoltaik-Pflicht für Nicht-Wohnbauten» vom 6. April 2022 werden abgeschrieben.
- Abänderung des Baugesetzes (BAUG), des Energieeffizienzgesetzes (EEG) und des Energieausweisgesetzes (ENAG) (Umsetzung Gebäuderichtlinie II und MuKE n 2014) (Nr. 14/2023) [1. Lesung: 2./3. März 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 61/2023)
Die Abänderungen des Baugesetzes (BAUG), des Energieeffizienzgesetzes (EEG) und des Energieausweisgesetzes werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Verkehrsfähigkeit von Waren (Durchführung der Verordnung (EU) 2019/515) (Nr. 58/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 zur Reform des Visa-Informationssystems und der damit verbundenen Bedingungen für den Zugang zu anderen EU-Informationssystemen für VIS-Zwecke sowie die Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) und des Asylgesetzes

- (AsylG) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) (Nr. 78/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Bericht über die Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie (Nr. 76/2023)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Regierung wird wie folgt beauftragt: «In einer erweiterten Aufarbeitung zur Covid-19-Pandemie sollen Aspekte der Vorbereitung, medizinische und medizinisch-logistische Aspekte, Aspekte der Zusammenarbeit national und international, infrastrukturelle Aspekte sowie weitere Aspekte, welche die relevanten Akteure einbringen – wie beispielsweise die Frage nach der Verhältnismässigkeit gewisser Massnahmen – Berücksichtigung finden.»
 - Geschäftsbericht 2022 der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) (Nr. 57/2023)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen.
 - Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMA-Finanzierung: Regelung des Staatsbeitrages ab 2024) (Nr. 27/2023), [1. Lesung: 5. Mai 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 68/2023)
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit folgender Änderung verabschiedet: Art. 29 Abs 1: «für die Jahre 2024 bis 2027» anstelle von «die Jahre 2024 bis 2028»
 - Abänderung des Staatspersonalgesetzes und des E-Government-Gesetzes (Nr. 33/2023), [1. Lesung: 5. Mai 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 66/2023)
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit folgender Abänderung verabschiedet: Art. 9 Abs. 3 bleibt in der bestehenden (alten) Fassung.
 - Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2020/1503 über Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen (EWR-Schwarmfinanzierungs-Durchführungsgesetz; EWR-SFDG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 28/2023), [1. Lesung: 5. Mai 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 70/2023)
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des AHVG und IVG (Finanzierung der Rückkehr zum Mischindex) (Nr. 46/2023), [1. Lesung: 2. Juni 2023] – Keine separate Stellungnahme der Regierung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Kenntnisnahme der Verlagerung der Informatik der Gerichte und der Staatsanwaltschaft zum Amt für Informatik (Nr. 81/2023)
Der Bericht und Antrag (Nr. 81/2013) wird zur Kenntnis genommen.
 - Einbürgerungsgesuche
Den Einbürgerungsgesuchen für folgende Personen wird zugestimmt:
 - Frau Dulce Maria Schierscher
 - Frau Michaela Maria Hildegard Ranieri
 - Frau Eva Elisabeth Reithner und ihre Kinder Julia Marie, Carlotta Anna, Leonhard Nicolas Werner und Emanuel Nicolas Paul
 - Abänderung des Rechtshilfegesetzes (Europäische Staatsanwaltschaft) (Nr. 59/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Finanzmarktstabilisierungs-Anstalts-Gesetzes (Nr. 64/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Schaffung eines Gesetzes über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz) sowie das Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) (Nr. 65/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Totalrevision des Gesetzes über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen (Informationsweiterverwendungsgesetz; IWG) (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors) (Nr. 69/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Token- und VT-Dienstleister-Gesetzes (TVT-G) und weiterer Gesetze (Nr. 73/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Gesetzesanpassungen im Zuge der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention) (Nr. 74/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Energiekostenpauschalegesetzes (Nr. 75/2023); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten, verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
 - Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR), des Notariatsgesetzes (NotarG), der Rechtssicherungs-Ordnung und des E-Government-Gesetzes (E-GovG) (Nr. 80/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 4./5. Oktober 2023**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Mittwoch/Donnerstag, 4./5. Oktober 2023
 - Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Alarmstufe Rot im Gesundheitswesen, weil Hilferufe ungehört blieben
 - Anfragen des Abg. Daniel Oehry:
 - Wirtschaftlichkeit erneuerbare Heizungsanlagen
 - Schulrat
 - Anfrage des Abg. Peter Frick:
 - Redundanz der kritischen Infrastruktur der Landesnotruf- und Einsatzzentrale der Landespolizei
 - Anfrage des Abg. Sascha Quaderer:

- Erfolg der ICT-Massnahmen an Liechtensteins Schulen
- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:
 - Stadttunnel Feldkirch
 - LKW-Transitverkehr
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - Anforderungen Gastwirteprüfung
- Anfragen des Abg. Daniel Seger:
 - Anlaufstelle für Opfer von Sexualdelikten
 - Sexualstraftäter/-innen in Liechtenstein
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Missbrauch in der katholischen Kirche
- Anfrage der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Entwicklung Bildungslandschaft
- Anfragen der Stv. Abg. Sandra Fausch:
 - Liechtensteinische Beteiligung an Schweizer Kampagne gegen Food Waste 2019 bis 2022
 - Taiwan-Frage und Liechtensteins mögliche wirtschaftliche Betroffenheit
- Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienste KJPD St. Gallen – Leistungsvereinbarung
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Alarmierende Situation Jugendpsychiatrie (Teil 2)
 - eGD – Expertenmeinung zu allfälligen Risiken und Schwachstellen
 - Verleihung Kulturpreis durch die Regierung
- Anfragen des Abg. Sebastian Gassner:
 - Rentabilität der Eigenstromerzeugung
 - Energieeffizienz von Gebäuden
 - Voreilige Abänderung der Motorfahrzeugsteuer
- Anfragen des Stv. Abg. Markus Gstöhl:
 - Ausverkauf der Liechtensteiner Wirtschaft?
 - Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen
 - Stiftung Agrarmarketing
- Anfrage des Abg. Herbert Elkuch:
 - Allfälliger WHO-Beitritt
- Anfrage der Abg. Karin Zech-Hoop:
 - Gesichtserkennungssoftware und Datenschutz
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Strompreise im Vergleich zur Schweiz
 - CO²-Ausstoss pro Kopf, Eigenversorgungsgrad und bewilligte PV-Anlagen in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Arbeitsrechtliche Klage gegen den LRF
 - Betriebseinstellung des «Volksblatts»
- Aktuelle Stunde zum Thema «Braucht es eine Landtagsreform? Wenn ja, mit welcher Stossrichtung?»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Petition Geoengineering – «Versprühen von Partikeln in der Atmosphäre» vom 4. September 2023, eingereicht von Jürgen Schädler und zwölf weiteren Personen
Die Petition wird behandelt und nicht zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- Vorprüfung der Parlamentarischen Initiative zur Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Politischen Parteien (Nr. 90/2023)
Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen und das angemeldete Initiativbegehren für zulässig erklärt. Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung behandelt.
- Vorprüfung des angemeldeten Initiativbegehrens zur Abänderung der Landesverfassung zum Einbezug des Volkes bei der Bestellung der Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Nr. 93/2023)
Der Vorprüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen und das angemeldete Initiativbegehren für zulässig erklärt.
- Interpellation: Zu Klassengrössen und der damit verbundenen Belastung für Kinder und Lehrpersonen der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 5. September 2023
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Postulat «Umweltfreundlicher Strom für unsere Heimat» der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 28. August 2023
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Anpassung der Beteiligungs- und Eignerstrategie von LLB, LLS, LAK und der Universität Liechtenstein der Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher, Georg Kaufmann und Patrick Risch vom 4. September 2023
Der Antrag wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Motion zur Einführung eines AHV-Beitragsschwellenwerts der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Walter Frick, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Gunilla Marxer-Kranz, Günter Vogt, Thomas Vogt und Mario Wohlwend vom 4. September 2023
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
- Prüfung des Antrags des Landtags auf Anpassung der Eignerstrategie für die Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 84/2023)
Die Stellungnahme der Regierung wird zur Kenntnis genommen und es wird von einer Anpassung der Eignerstrategie abgesehen.
- Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (BMVI-Fonds) (Nr. 86/2023)
Dem Abkommen wird zugestimmt und der Finanzbeschluss genehmigt.
- Genehmigung von Ergänzungskrediten für die Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes Vaduz für die Liechtensteinische Landesbibliothek (Nr. 89/2023)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Erlass eines Gesetzes über die Genehmigung von Weltraumaktivitäten und die Registrierung von Weltraumgegenständen (Weltraumgesetz; WRG) sowie die Abänderung des Beschwerdekommissionengesetzes (Nr. 40/2023); [1. Lesung; 5. Mai 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 62/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und

- mit folgender Änderung verabschiedet: «Art. 27 d) weitere Informationen, die nach Art. 15 Abs. 1 Bst. k in das Register einzutragen sind».
- Abänderung des Heimatschriftengesetzes (HSchG), des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG) sowie des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1157 (Nr. 121/2022) [1. Lesung: 2. Dezember 2022] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 82/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Abänderung des Mediengesetzes, des Tabakpräventionsgesetzes und des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1808) (Nr. 53/2023) [1. Lesung: 1. Juni 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 85/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Beschluss Nr. 50/2023 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2019/1157 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltspapiere, die Unionsbürgern und deren Familienangehörigen ausgestellt werden, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben) (Nr. 83/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Beschluss Nr. 114/2023 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (EASA-Verordnung)) (Nr. 88/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Abkommen vom 10. November 2022 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung (Nr. 91/2023)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
 - Abkommen vom 12. Juli 2023 zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Italienischen Republik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung (Nr. 92/2023)

- Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Einbürgerungsgesuche
Den Einbürgerungsgesuchen für folgende Personen wird zugestimmt:
 - Herr Saudin Alic
 - Frau Manuela Klotz-Zechmann
 - Herr Sandro Spescha
 - Herr Egon Zechmann
- Bestellung von zwei Ad-hoc-Richterinnen für den Staatsgerichtshof
Als Ad-hoc-Richterinnen des Staatsgerichtshofes werden gewählt:
 - MLaw Jacqueline Marxer-Tschikof für das Verfahren zu StGH 2023/061
 - MLaw Sandra Vogt für das Verfahren zu StGH 2023/068
- Abänderung des Sachenrechts (öffentlich-rechtliche Grundlasten) (Nr. 63/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Landessubventionen (Subventionsgesetz) – Abänderung der Position 2.7 des Anhangs (Alpenvereinshöfen) (Nr. 87/2023); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 8./9./10. November 2023

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Mittwoch/Donnerstag/Freitag, 8./9./10. November 2023
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 5./6./7. September 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Daniel Oehry:
 - Sind Gemeindebauordnungen ab 2024 PV-kompatibel
- Anfrage des Abg. Peter Frick:
 - Hotline im Landesführungsraum
- Anfragen der Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz:
 - Amortisation von Hypotheken
 - Stellenbesetzung bei der Landespolizei
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Tarifsysteme und Abrechnungsmethoden im Gesundheitswesen auf dem Prüfstand
- Anfragen des Stv. Abg. Markus Gstöhl:
 - Olma
 - Energiekostenpauschale
 - Covid-Aufarbeitung
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Fehlender IV-Ausweis für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein
 - Verleihung Kulturpreis durch die Regierung (Teil 2)
 - Mangelhafte Umsetzung Franchisebefreiung Krankenkasse
 - Übernahme Mehrkosten Glasfasernetzgebühren

- Anfragen des Abg. Sascha Quaderer:
 - Steuerliche Folgen bei Homeoffice
 - Steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteispenden
 - Altrentner der staatlichen Pensionskasse
- Anfragen der Abg. Karin Zech-Hoop:
 - Das Auto als Stromspeicher
 - Förderung für Weihnachtsbasteln der Kinder gestrichen
- Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Geoengineering
- Anfrage des Abg. Georg Kaufmann:
 - Berufsmaturitätsschule
- Anfrage der Stv. Abg. Nadine Vogelsang:
 - Anfrage zum Datenschutz im Bildungsbereich
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Vergütung von Energielieferungen von Photovoltaikanlagen
- Anfragen des Abg. Thomas Rehak:
 - Herausforderungen an Schulen
 - Casino-Moratorium
 - Referenden
 - Equiden-Arbeitsgruppe
- Anfrage der Abg. Bettina Petzold-Mähr:
 - Bürodrehstühle für das Dienstleistungszentrum Giessen
- Anfragen des Abg. Patrick Risch:
 - Caritas-Antrag betreffend Energiekostenpauschale
 - Dienstleistungszentrum Giessen
 - Einspeisevergütung
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - LKW-Strombeschaffung
 - Import von fossilen Energieträgern
 - ÖBB-Investition in Gleis- und Streckenausbau zwischen Feldkirch-Buchs, insbesondere in Nendeln
 - Auswirkungen der Verordnung der Regierung bezüglich Amortisations-Verschärfung
- Sondertraktandum im Zusammenhang mit Liechtensteins Vorsitz beim Europarat
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Sondertraktandum «Situation im Nahen Osten und Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Europa»
Die Ausführungen der Regierung werden zur Kenntnis genommen.
- Petition: Schaffung der Amtsstelle eines Landesphysikus (Facharzt für Psychiatrie mit Spezialisierung auf Sucht und Forensik) vom 5. Oktober 2023, eingereicht von Emmanuel Zacharias Philip Hoop
Die Petition wird behandelt. Einer Überweisung der Petition an die Regierung wird nicht zugestimmt.
- Petition: Elternzeit und Care Arbeit vom 19. Oktober 2023, eingereicht von Nicole Jäger und weiteren Personen
Die Petition wird behandelt und an die Regierung überwiesen.
- Petition: Mehrfachdiskriminierung vom 19. Oktober 2023, eingereicht von Nicole Jäger und weiteren Personen
Die Petition wird behandelt und an die Regierung überwiesen.
- Initiativebegehren zur Abänderung des Gesetzes über das elektronische Gesundheitsdossier (EGDG) (Nr. 125/2023)
Dem Initiativebegehren wird nicht zugestimmt. Die Regierung wird beauftragt, eine Volksabstimmung anzuberaumen.
- Aktuelle Stunde zum Thema «Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um «working poor» zu verhindern?»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Interpellation Freizeit-Fahrradverkehr, Wandern, Jagd und Naturschutz der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 9. Oktober 2023
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Postulat «Schule und Betreuung neu aus einer Hand» der Abgeordneten Franziska Hoop, Daniel Seger, Bettina Petzold-Mähr, Johannes Kaiser, Sebastian Gassner, Albert Frick, Wendelin Lampert und Daniel Oehry vom 18. September 2023
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat: Bevölkerungsschutz stärken der Abgeordneten Peter Frick, Günter Vogt, Dagmar Bühler-Nigsch, Mario Wohlwend, Gunilla Marxer-Kranz, Walter Frick, Dietmar Lampert, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Thomas Vogt und Patrick Risch vom 2. Oktober 2023
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat: Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie der Abgeordneten Peter Frick, Günter Vogt, Dagmar Bühler-Nigsch, Mario Wohlwend, Gunilla Marxer-Kranz, Walter Frick, Dietmar Lampert, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Thomas Vogt, Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 4. Oktober 2023
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Postulatsbeantwortung der Regierung an den Landtag betreffend die Schaffung einer liechtensteinischen Erdbebenversicherung mittels eines Systems einer Obligatorischen- oder einer Eventualverpflichtung (Nr. 67/2023)
Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Motion zur Förderung von Energiespeichern der Abgeordneten Günter Vogt, Peter Frick, Dagmar Bühler-Nigsch, Mario Wohlwend, Gunilla Marxer-Kranz, Walter Frick, Dietmar Lampert, Norma Heidegger, Manfred Kaufmann, Thomas Vogt und Johannes Kaiser vom 2. Oktober 2023
Die Motion wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Anpassung der Eignerstrategie für den Verkehrsbetrieb LIECHTENSTEINmobil der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Walter Frick, Peter Frick, Sebastian Gassner, Manuela Haldner-Schierscher, Johannes

Kaiser, Georg Kaufmann, Manfred Kaufmann, Dietmar Lampert, Wendelin Lampert, Daniel Oehry, Patrick Risch und Günter Vogt vom 9. Oktober 2023

Die Anpassung der Eignerstrategie wird zur Stellungnahme an die Regierung überwiesen.

- Genehmigung eines Verpflichtungskredits für das Infrastrukturprojekt Steg des Vereins zur Förderung des nordischen Skisports (Nr. 107/2023)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Bestellung einer Präsidentin, einer Vizepräsidentin und eines Ersatzmitglieds der Medienkommission für die restliche Mandatsperiode bis zum Jahr 2026
Die Medienkommission wird wie folgt bestellt:
 - Präsidentin: Frau Jnes Rampone-Wanger
 - Vizepräsidentin: Frau Serpil Yörümez
 - Ersatzmitglied: Herr German Beck
- Wahl eines Ad-hoc-Richters und einer Ersatzrichterin des Staatsgerichtshofs
Als Ad-hoc-Richter und Ersatzrichterin des Staatsgerichtshofs werden gewählt:
 - Ad-hoc-Richter: Herr Dr. Manuel Walser
 - Ersatzrichterin: Frau Prof. Dr. Daniela Thurnherr
- Wahl diverser Richter des Obersten Gerichtshofs
Als Richter des Obersten Gerichtshofs werden gewählt:
 - Frau Dr. Marie-Theres Frick
 - Herr Prof. Dr. Ulrich Kieser
 - Herr Dr. Wigbert Zimmermann
- Wahl eines Richters und eines stv. Richters des Kriminalgerichts
Als Richter und stv. Richter des Kriminalgerichts werden gewählt:
 - Richter: Herr Dr. Thomas Hasler
 - Stv. Richter: Herr Albert Eberle
- Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Landessubventionen (Hochbautenbericht 2024) (Nr. 108/2023)
Der Hochbautenbericht 2024 wird zur Kenntnis genommen.
- Bau und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein (Verkehrsinfrastrukturbericht 2024) (Nr. 109/2023)
Der Verkehrsinfrastrukturbericht 2024 wird zur Kenntnis genommen.
- Finanzplanung 2024 – 2027 (Nr. 95/2023)
- Der Landtag nimmt den Bericht zur Finanzplanung 2024 – 2027 zur Kenntnis.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2024 (Nr. 94/2023)
- Der Landtag genehmigt den Landesvoranschlag inkl. Nachträgen und stimmt den Anträgen der Regierung zu. Der Landtag hat das Finanzgesetz in 1. und 2. Lesung beraten und mit einem Zusatzartikel verabschiedet sowie für dringlich erklärt.
- Erlass eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1238 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (EWR-Paneuropäisches Privates

Pensionsprodukt-Durchführungsgesetz; EWR-PEPP-DG) sowie die Abänderung des Gesetzes über die Finanzmarktaufsicht (FMAG) (Nr. 21/2023) [1. Lesung: 6. April 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 71/2023); 2. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abänderung des Gesetzes über die Verkehrsfähigkeit von Waren (Durchführung der Verordnung (EU) 2019/515) (Nr. 58/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Keine separate Stellungnahme der Regierung; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Rechtshilfegesetzes (Europäische Staatsanwaltschaft) (Nr. 59/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 105/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz) sowie das Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) (Nr. 65/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 96/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit folgender Änderung in Art. 31 verabschiedet:
 - 1) «... die Regierung kann den Beginn der erstmaligen Anwendbarkeit mit Verordnung auf den 1. Januar 2025 festlegen.»
 - 2) «Die Regierung legt die erstmalige Anwendbarkeit der Bestimmungen über die UTPR- Ergänzungssteuer mit Verordnung fest; diese darf frühestens für Veranlagungen von Steuerjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2025 beginnen, erfolgen.»
 - 3) «Bei der Festlegung der Anwendbarkeit nach Abs. 1 und 2 berücksichtigt die Regierung den Stand der Umsetzung der GloBE-Mustervorschriften auf globaler Ebene.»
- Gesetzesanpassungen im Zuge der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention) (Nr. 74/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 99/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR), des Notariatsgesetzes (NotarG), der Rechtssicherungs-Ordnung und des E-Government-Gesetzes (E-GovG) (Nr. 80/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 104/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abkommen zur Koordinierung der sozialen Sicherheit zwischen Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (Nr. 98/2023)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Nr. 100/2023)
Der Ratifikation des Übereinkommens wird zugestimmt.
- Diverse Einbürgerungsgesuche
Der Einbürgerung folgender Personen wird zugestimmt:
 - Herr Kemal Colakovic
 - Frau Nipha Dokkularb
 - Herr Juan Camilo Lopez Correa
 - Herr Thomas Ferdinand Mähr
 - Herr Jürgen Mark
 - Herr Peter Karl Sommerauer
 - Frau Medina Zejeri
- Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) (Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten) (Nr. 72/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), des Gesetzes über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und den Vereinigten Staaten von Amerika (FATCA-Gesetz) sowie des Gesetzes über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (CbC-Gesetz) (Nr. 97/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten (Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz; URDAG), die Abänderung des Urheberrechtsgesetzes (URG) sowie die Abänderung des Verwertungsgesellschaftengesetzes (VGG) (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/789 sowie der Richtlinie (EU) 2019/790) (Nr. 102/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Heimatschriftengesetzes (HSchG) zur Vor-Ort-Erfassung des biometrischen Gesichtsbildes (Nr. 103/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Vermögensverwaltungsgesetzes (VVG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 106/2023), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.

Öffentliche Landtagssitzung vom 5./6./7. Dezember 2023

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom Dienstag/Mittwoch/Donnerstag, 5./6./7. Dezember 2023
- Genehmigung des öffentlichen Protokolls der Sitzung vom 4./5. Oktober 2023
Das Protokoll wird genehmigt.
- Anfrage des Abg. Mario Wohlwend:
 - Beunruhigende Kennzahlen und Indikatoren im Gesundheitswesen
- Anfrage des Abg. Günter Vogt:
 - Allianz des Landespitals mit dem Kantonsspital Graubünden
- Anfragen des Abg. Manfred Kaufmann:
 - Aktueller Stand Höchstspannungsleitung Balzers
 - Bisherige Nutzung der Energiekostenpauschale
 - Bedrohungsmanagement an Schulen
- Anfragen des Abg. Walter Frick:
 - Erdbebenversicherung für alle öffentlichen Gebäude
 - Jugendliche landen unschuldig im Gefängnis
- Anfragen der Abg. Dagmar Bühler-Nigsch:
 - Runder Tisch Armut
 - Einheitlichkeit von staatlichen Leistungen
- Anfrage der Abg. Norma Heidegger:
 - Mietbeiträge für Familien
- Anfrage der Stv. Abg. Sandra Fausch:
 - Massnahmen des agrarpolitischen Berichts 2022
- Anfrage des Abg. Daniel Seger:
 - Absicherung für Lernende im letzten Lehrjahr
- Anfrage des Abg. Sascha Quaderer:
 - Sperrung Bankkonto aufgrund OFAC-Sanktionsliste
- Anfrage der Abg. Manuela Haldner-Schierscher:
 - Platzmangel in der Psychiatrie Unterbringung von Jugendlichen in Gefängnissen
- Anfrage der Abg. Franziska Hoop:
 - Pflegeurlaub bei längeren Krankenständen der eigenen Kinder
- Anfragen des Abg. Georg Kaufmann:
 - Globale Steuerpolitik
 - Stärkung der Pflegeberufe
- Anfragen des Stv. Abg. Pascal Ospelt:
 - Künstliche Intelligenz
 - Personalbestand der Regierung und der Landesverwaltung
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Speicherung von Energie in Form von Gas im Leitungsnetz von Liechtenstein Wärme
 - Vergabe von neuen Vermögensverwaltungsmandaten an liechtensteinische Finanzunternehmen
- Anfrage des Stv. Abg. Hubert Büchel:
 - Start-up- und Fintech-Standort Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Umgang mit Stromüberschüssen von Photovoltaikanlagen
 - Ausnahmen von der PV-Pflicht und Erschwerung des Ersatzes fossiler Heizungen

- Ist Liechtenstein Weltmeister in der Produktion von erneuerbaren Energien
- Anfragen des Abg. Herbert Elkuch:
 - Obligatorische Krankenpflegeversicherung – Beiträge nach Alter oder nach Jahrgang
 - Wasser als Speicher für durchgehende Stromversorgung
- Aktuelle Stunde zum Thema «Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen»
Die Aktuelle Stunde wird abgehalten.
- Parlamentarische Initiative zur Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Politischen Parteien (Nr. 90/2023) [1. Lesung: 4. Oktober 2023] – Keine separate Stellungnahme der Initianten; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Initiativbegehren zur Abänderung der Verfassung vom 5. Oktober 1921 (Einbezug des Volkes bei der Bestellung der Regierung) (Nr. 126/2023)
Dem Initiativbegehren wird nicht zugestimmt. Die Regierung wird beauftragt, eine Volksabstimmung anzuberaumen.
- Interpellation Lohngerechtigkeit der Abgeordneten Manuela Haldner-Schierscher, Georg Kaufmann und Patrick Risch vom 31. Oktober 2023
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die berufliche Weiterbildung zur Sicherung von inländischen Arbeits- und Fachkräften (Nr. 117/2023)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat zur Fertigstellung des Psychiatriekonzeptes und Umsetzung von Sofortmassnahmen zur Abfederung der teils angespannten Versorgungslage in Liechtenstein der Abgeordneten Dagmar Bühler-Nigsch, Peter Frick, Manuela Haldner-Schierscher, Norma Heidegger, Franziska Hoop, Johannes Kaiser, Manfred Kaufmann, Gunilla Marxer-Kranz, Thomas Rehak, Günter Vogt, Thomas Vogt, Mario Wohlwend und Karin Zech-Hoop vom 6. November 2023
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Stand der Bearbeitung der parlamentarischen Eingänge
Die Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen für das Jahr 2023 wird zur Kenntnis genommen.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2023) (Nr. 111/2023)
Die Nachtragskredite werden genehmigt.
- Genehmigung eines Nachtragskredits an die Kulturstiftung Liechtenstein zur Förderung der Stiftung Sinfonieorchester Liechtenstein (SOL) (Nr. 118/2023)
Der Nachtragskredit an die Kulturstiftung Liechtenstein wird genehmigt.
- 3. Monitoringbericht zur Energiestrategie 2030 (Berichtsjahr 2022) (Nr. 120/2023)
Der 3. Monitoringbericht zur Energiestrategie 2030 wird zur Kenntnis genommen.
- Notenaustausch zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der EU betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 zur Reform des Visa-Informationssystems und der damit verbundenen Bedingungen für den Zugang zu anderen EU-Informationssystemen für VIS-Zwecke sowie die Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) und des Asylgesetzes (AsylG) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) (Nr. 78/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 119/2023); 2. Lesung
Der Notenaustausch wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gesetzes über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen (Informationsweiterverwendungsgesetz; IWG) (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors) (Nr. 69/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 112/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Token- und VT-Dienstleister-Gesetzes (TVT-G) und weiterer Gesetze (Nr. 73/2023) [1. Lesung: 7. September 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 116/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Sachenrechts (öffentlich-rechtliche Grundlasten) (Nr. 63/2023) [1. Lesung: 5. Oktober 2023] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 121/2023); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) (Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150) (Nr. 72/2023) [1. Lesung: 10. November 2023] – Keine separate Stellungnahme der Regierung; 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 185/2023 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Verordnung (EU) 2022/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über eine Pilotregelung für auf Distributed-Ledger-Technologie basierenden Marktinfrastrukturen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 909/2014 sowie der Richtlinie 2014/65/EU (DLT-Verordnung) (Nr. 113/2023)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag (LGBl. 2023 Nr. 395)
Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.

- 34 |
- Diverse Einbürgerungsgesuche
Der Einbürgerung folgender Personen wird zugestimmt:
 - Frau Nurdan Gülbahar und ihre minderjährigen Kinder Efe Alp und Yade Su
 - Herr Özkan Gülbahar
 - Herr Martin Koch und seine minderjährigen Kinder Leon Thor und Valeria
 - Abänderung des Gesetzes über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) sowie der Spezialgesetze über die öffentlichen Unternehmen (Beantwortung der Motion zur Stärkung der Oberaufsicht der Regierung über öffentliche Unternehmen) (Nr. 110/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Offenlegungsgesetzes (OffG) sowie weiterer Gesetze (Nr. 114/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Bankengesetzes, des EWR-Zentralverwahrer-Durchführungsgesetzes, des Vermögensverwaltungsgesetzes und des Finanzmarktaufsichtsgesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/858 über eine Pilotregelung für auf Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen (Nr. 115/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Totalrevision des Gesetzes über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz, LFG) (Nr. 122/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Ausserstreitgesetzes (Reform Erbrecht) (Nr. 123/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) sowie der Richtlinie (EU) 2021/2101 im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragssteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen (CBCR-Richtlinie)) (Nr. 124/2023); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages (GOLT)
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und mit folgender Änderung verabschiedet. Art. 23 Abs. 2: 2) Für das verhinderte Mitglied hat dessen Wählergruppe gemäss Art. 49 der Verfassung einen Stellvertreter im Sinne von Art. 46 Abs. 2 der Verfassung zu bezeichnen. II. Inkrafttreten: Diese Abänderung der Geschäftsordnung tritt am 1. März 2024 in Kraft.
 - Wahl des Landesausschusses
In den Landesausschuss hat der Landtag gewählt:
 - Abg. Herbert Elkuch
 - Abg. Manfred Kaufmann
 - Abg. Patrick Risch
 - Abg. Daniel Seger
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
Die Kleinen Anfragen werden beantwortet.
 - Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Die selbständige, unabhängige und in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtete Finanzkontrolle unterstützt den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen und ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, die Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss Finanzkontrollgesetz (FinKG) [LGBI. 2009 Nr. 324] unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Im Rahmen ihrer Aufgaben prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, das Finanzgebaren und die Rechnungslegung von staatlichen Stellen sowie von staatsnahen öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist, staatliche Finanzhilfen und Abgeltungen, das öffentliche Beschaffungswesen, interne Kontrollsysteme sowie IT-Systeme.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Organisation

Die Finanzkontrolle mit einem Personalbestand von 7 Mitarbeitenden ist unabhängig und rein organisatorisch dem Landtag zugeordnet.

Umsetzung des Prüfauftrags

Revisionsprogramm

Das jährliche Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wird, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen und staatsnahe öffentliche Unternehmen. Zudem prüft die Finanzkontrolle als Prüfbehörde die Mittelverwendung im Rahmen der Teilnahme Liechtensteins an EU-Programmen. Im Auftrag der Regierung nimmt die Finanzkontrolle seit dem Jahr 2017 Einsitz im EFTA Board of Auditors (EBOA), welches die EFTA-Institutionen prüft.

Informatik-Revisionen

Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung und -umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Finanzaufsicht

Im Bereich der Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, untersucht die Funktionsweise der internen Kontrollsysteme und überprüft Abrechnungen sowie Geldbestände.

Tätigkeitsbericht

Einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über Umfang, Schwerpunkte und Feststellungen ihrer Prüfungstätigkeit erstattet die Finanzkontrolle jährlich dem Landtag und der Regierung. Der Tätigkeitsbericht wird auf der Homepage der Finanzkontrolle (www.finanzkontrolle.li) veröffentlicht.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Der Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Fachthemen, Prüfungsmethoden und Prüfungsstandards im öffentlichen Revisionsbereich sowie gemeinsame Weiterbildungsaktivitäten stehen im Zentrum dieser Mitgliedschaften.

